

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei: Tagesblatt Riesa.  
Genuss Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1300  
Circulanz Riesa Nr. 22

Nr. 189.

Dienstag, 15. August 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 41.— Mark ohne Frangierlohn. Einzelnummer 2,50 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 6.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachwehungs- und Vermittlungsgebühr 2.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises, Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Die Londoner Konferenz gescheitert.

Reuter meldet vom Montag nachmittag aus London: Die Konferenz ist an der Reparationsfrage gescheitert. Die Konferenz verhandelt jetzt über die Lage Österreichs.

Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas meldet hierzu: In der Vormittags Sitzung der alliierten Bevollmächtigten am Montag schlug Poincaré vor, die Entscheidung über den deutschen Moratoriumsbeschluss auf Grund der am Sonntag von dem Vertreter der Ag. Havas mitgeteilten Bedingungen zu versagen. Da ein Ausgleich bezüglich der verschiedenen Vorschläge, die von den Alliierten geprüft wurden, gegenwärtig nicht augenscheinlich sei, wäre die beste Lösung für die Beibehaltung der Entente und für die regelrechte Ausführung des Friedensvertrages sowie die allgemeine Regelung der Reparationen und Schulden die folgende:

Jedes weitere Moratorium wird Deutschland für die nächsten drei Monate verweigert. Es soll jedoch nicht beschlossen werden vor dem Novembertermin. Die Zahlung der am 15. August fälligen Rate soll auf den 31. August mit Rücksicht auf die durch die Konferenz verursachte Verzögerung in der Entscheidung der Reparationskommission verschoben werden. Wohlwollenden würde im Falle der Nichtzahlung einer Rate in den Monaten August, September oder Oktober ein Verstoß durch den Wiedergutmachungsansatz festgesetzt werden. Die Alliierten sollen von heute ab verschiedene Kontrollmaßnahmen in Anwendung bringen, über die ein Einvernehmen erzielt wurde. (Artikel 1 bis 6 des Sachverständigenberichts. Diese Artikel 1 bis 6 beziehen sich auf die Maßnahmen, welche die deutsche Regierung treffen soll, um eine Gesundung der deutschen Finanzen herbeizuführen, und darauf, dem Garantieansatz unter dem Vorbehalt späterer Rückgabe die Kollektoren und den Ertrag der 2 Prozentigen Ausfuhrabgabe zu überweisen.) Es solle beschlossen werden, daß eine weitere Zusammenkunft der Alliierten Mitte November stattfinden, wo die Frage der Reparationen in ihrer Gesamtheit zu prüfen, d. h. einerseits die Vorbereitung einer Anleihe, deren Kontrolle ausschließlich dazu bestimmt sein soll, die Durchführung der Anleihe zu erleichtern, ferner die Regelung der alliierten Schulden. Lord George lehnte diesen Vorschlag ab. Er schlug den Alliierten vor, sofort ein Moratorium für drei Monate zu bewilligen. Poincaré erklärte jedoch ausdrücklich, daß er dem nicht zustimmen werde, wenn er nicht als Ausgleich für diese neuen Angelegenheiten neue Pfänder erhalte, nämlich die Kontrolle über die Staatsbergwerke und Wärfen. Ein Einvernehmen konnte über diesen letzteren Vorschlag nicht erzielt werden. Das veranlaßte die Ministerpräsidenten, sich zu trennen, ohne eine gemeinsame Entscheidung über den deutschen Moratoriumsbeschluss treffen zu können.

Wie es in einer weiteren Meldung aus London heißt, verlor Schanzer, bevor die Konferenz zusammenbrach, die Meinungsverschiedenheiten zwischen Poincaré und Lord George zu überbrücken. Sein Vorschlag, die Konferenz um sechs bis acht Wochen zu verschieben, wurde von den britischen Vertretern angenommen, aber die Franzosen machten zur Bedingung, daß Deutschland die während dieses Zeitraums fällig werdenden Reparationsraten zahlen solle. Schanzer und Lord George waren anderer Ansicht, willigten aber ein, daß die Reparationskommission darüber entscheiden solle, was Deutschland während dieses Zeitraums bezahlen solle. Die Franzosen waren damit nicht einverstanden, worauf die Verhandlungen ihr Ende fanden. Reuter betont, daß, trotzdem kein Einverständnis erzielt sei, die Beziehungen der Alliierten sich nicht verschlechtert hätten, wie sich daraus ergebe, daß nach Abbruch der Konferenz Poincaré die österreichische Frage mit den übrigen Alliierten besprach.

## Wie wird die Reparationskommission sich verhalten?

Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas drückt sich hinsichtlich aus London, am Mittwoch vormittag werde in Paris der französische Ministerrat zusammentreten, um die durch das negative Ergebnis der Londoner Beratungen gewonnene Lage zu prüfen. Da die alliierten Regierungen zu keiner Verständigung über die ihren Vertretern in der Reparationskommission bezüglich der Beratung des deutschen Moratoriumsbeschlusses zu erteilenden Anweisungen gelangt seien, werde Poincaré dem französischen Vertreter Dubois erneut die Weisung erteilen, sich gegen die Gewährung eines Moratoriums auszusprechen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die belgische Regierung ihren Vertretern ähnliche Weisungen erteile. Unter diesen Umständen würden, wenn die englischen und italienischen Delegierten weiter für das Moratorium eintreten, die Stimmen in der Kommission zu gleichen Teilen gespalten sein. Es werde bei dieser Spaltung darauf hingewiesen, daß sich, seitdem der amerikanische Vertreter den Arbeiten der Kommission nicht mehr offiziell beteiigt, der Druck eingeführt habe, die Stimme des Vorsitzenden als ausschlaggebend zu betrachten. Dies würde zur Folge haben, daß die Stimme Dubois', der gleichzeitig französischer Vertreter und Vorsitzender der Kommission sei, einen Beschluß zugunsten der Aufrechterhaltung der durch die frühere Entscheidung vom 13. März d. J. bestimmten deutschen Zahlungsverpflichtungen herbeiführen würde. Wenn dagegen Deutschland das Moratorium ohne Zustimmung der französischen Regierung gewährt würde, hätte die französische Regierung die von ihr für notwendig erachteten Maßnahmen über bereits im Auge gehabt. Poincaré ist in diesem Punkte durch seinen Beschluß

## Die Antwort der Reparationskommission.

Paris, 14. August. Der Kriegsstatenkommission in Paris wurde heute mittag von der Reparationskommission folgende Note übergeben:

Entgegen der in ihrem Schreiben vom 13. Juli d. J. ausgesprochenen Erwartung hielt sich die Kommission nicht in der Lage, Ihnen vor dem 15. August d. J. ihre Entscheidung auf ihr Memorandum vom 12. Juli 1922 mitzuteilen. Sie wird Sie unverzüglich davon in Kenntnis setzen und gleichzeitig Bestimmung über die Frage der Fälligkeit vom 15. August treffen, welche bis zu dieser Entscheidung in der Schwebe bleiben soll.

Paris, den 14. August 1922.  
ges. Dubois. John Brabburh.

Wie aus London gemeldet wird, ist die vorläufige Antwort der Reparationskommission auf das deutsche Stundungsersuchen von der Reparationskommission einstimmig gefast worden, d. h. auch der französische Delegierte Dubois hat sich zugestimmt. Poincaré hat also wenigstens profitorisch auf eine Obstruktion der Stundungsfrage verzichtet.

der Konferenz gebunden, und die französische Regierung würde sich die volle Handlungsfreiheit. Der Ministerpräsident habe es übrigens abgelehnt, irgend eine Erklärung über das Vorgehen abzugeben, das er sich für diesen Fall vorbehalte, so lange er nicht seinen Ministerkollegen über die Lage Bericht erteilt habe. Aber selbst wenn die Stimme des Vorsitzenden nicht ausschlaggebend wäre, würde, auch wenn die übrigen Vertreter für das Moratorium eintreten, eine Uebereinstimmung des französischen und des belgischen Votums in der Reparationskommission juristisch die Ablehnung des Moratoriums bedeuten, da die erforderliche Mehrheit dann nicht zustandekäme und da die Quantität der Stimmen zugunsten der Aufrechterhaltung des Status quo ins Gewicht fiele. Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas meldet ferner aus London: Poincaré beriet um 3,30 Uhr nachmittags mit Theunis. Die französische Delegation wird am Dienstag vormittag um 11 Uhr London verlassen. Die Angelegenheit muß an die Reparationskommission zurückgehen.

In einem Leitartikel legt „Daily Chronicle“ das Verfahren dar, das nach Ansicht des Blattes nunmehr angewandt werden muß, nachdem die Konferenz gescheitert ist. Artikel 233 des Versailler Vertrages ermächtigt die Reparationskommission, jederzeit ein Moratorium zu gewähren. Die Notwendigkeit für die Abhaltung der Londoner Konferenz habe daher nicht bestanden. Die Reparationskommission hätte ohne weiteres die Frage regeln können. Nur weil Frankreich Ansichten geltend gemacht habe, die von denen der übrigen Staaten abwichen, und weil die Alliierten wünschten, wenn möglich eine einstimmige Entscheidung zu erzielen, sei die Londoner Konferenz abgehalten worden. Diese Absicht sei nicht erzielt worden, weil Poincaré mit Vorschlägen heraufgekommen sei, die, wie er von vornherein mußte, unannehmbar seien, und die er bisher zurückgenommen oder abzuändern sich geweigert hat. Die Frage müsse nun natürlich an die Reparationskommission zurückgehen. Das sei durch den Friedensvertrag vorgeschrieben. In der französischen Presse seien Drohungen laut geworden, daß Poincaré sich dieser Notwendigkeit nicht beugen und Frankreich auf den Weg besonderer militärischer Sanktionen gegen Deutschland führen werde. Wenn er dies tue, so würde er damit natürlich den Versailler Vertrag in Stücke reißen.

## Die Grundzüge der englischen Politik in der Reparationsfrage.

Der Londoner Sonderberichterstatter des „Betit Parfien“ erzählt in dem Rabinetsrat vom Sonnabend vormittag habe Lord George die Lage wie folgt gekennzeichnet: Wir haben es mit einer Reihe französischer Vorschläge zu tun, in denen eine Gruppe von Maßnahmen vorgelegt ist zu dem Zweck, auf Deutschland einen Druck auszuüben und es dadurch zur Erfüllung seiner Zahlungsverpflichtungen auf Grund der Reparationsbestimmungen zu zwingen. Unsere eigene Politik bezweckt dagegen, Deutschland durch Verzicht auf einen freiwilligen Zusammenarbeiten mit den Verbündeten bei der Durchführung des Versailler Vertrages zu bestimmen. Auf diese Grundzüge, die das Fundament der englischen Politik bilden, können wir nicht verzichten.

## Die Sachverständigen zu den Ausgleichszahlungen.

Aus London wird gemeldet: Der Sachverständigenausschuß der Konferenz nahm einstimmig ein Gutachten an, wonach Deutschland die nächste Rate von 2 Millionen Pfund Sterling zur Deckung von Privatschulden innerhalb vier Wochen bezahlen soll. Hieraus soll dem Gutachten zufolge das Abkommen über diese Zahlungen außer Kraft treten. Schließlich empfiehlt das Gutachten, daß die alliierten Regierungen für die von Deutschland in dieser Hinsicht zu leistenden Zahlungen Sonderabmachungen treffen sollen, die der Zustimmung der Reparationskommission bedürfen. Die Konferenz nahm ferner einen Bericht von Theunis und Poincaré entgegen, in dem es heißt, sie brächten große Opfer an Grundstücken für die Sache der Einigkeit der Alliierten.

Hingestellt wird aus London mitgeteilt, daß die englischen Sachverständigen zwar dem Beschluß, Deutschland habe die 2.000.000 Pfund Sterling zu zahlen, zugestimmt haben, aber betonten, daß, falls ein Moratorium gewährt werde,

nach englischer Auffassung auch die Ausgleichszahlungen zu finden wären.

## Ein neuer Vorschlag für Österreich.

Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas meldet aus London: Die alliierten Minister haben Montag nachmittag von 5 bis 6 Uhr über die Lage Österreichs beraten und beschlossen, ihm einen neuen Vorschlag zu unterbreiten. Die Frage ist zur Prüfung an den Völkerbund verwiesen worden, der den Alliierten ein Programm unterbreiten soll.

## Sitzung des Reichskabinetts.

Nach dem „A. T.“ beschloß sich die Reichsregierung in ihrer gestrigen Sitzung nicht, wie geplant, mit dem Reparationsproblem und der Frage der Ausleihzahlungen, sondern nur mit vorliegenden Geschäften. Das Reparationsproblem kam nicht zur Erörterung, weil sich die Moratoriumsfrage durch die Antwort der Reparationskommission noch in der Schmebe befindet. In der Frage der Ausleihzahlungen will die Reichsregierung erst die authentischen Mitteilungen der interalliierten Regierungen abwarten.

## Die Verhandlungen über die Steuerungsanlagen der Beamteten.

„Pant „Germania“ wurde eine Deputation der Vertreter der Spitzenorganisationen der Beamteten und Staatsarbeiter in Anwesenheit des Reichsfinanzministers Dr. Hermes vom Ministerialrat Dr. Kühnemann und Ministerialrat Dr. Schleben empfangen, um über neue Steuerungsanlagen zu verhandeln. Den Vertretern wurde erklärt, daß halbjährliche Steuerungsverhandlungen auch den Absichten des Reichsfinanzministers entsprechen und daß die genannten Beamteten eigens zu diesem Zweck ihren Urlaub abgeben könnten. Nach Einholung der entsprechenden Vollmachten vom Minister Dr. Hermes sollen die Verhandlungen am Donnerstag vormittag um 10 Uhr beginnen.

## Die Vereinigung der proletarischen Weltarmee.

In den Beschlüssen der Prager Konferenz des Präsidiums der Londoner Sozialistischen Internationalen ist das tschechoslowakische sozialdemokratische Blatt „Prava Lidu“ die Prager Konferenz für die Grundlage für eine Vereinigung des sozialistischen Proletariats der ganzen Welt gelegt. In der im Oktober stattfindenden Pariser Konferenz der Londoner, Wiener und Amsterdamer Internationale werde das Werk der Vereinigung der proletarischen Weltarmee vollendet werden, damit in kurzer Zeit ein gemeinsamer internationaler sozialistischer Kongress einberufen werden könne, der der Zersetzung in den Arbeiterpartei ein Ende machen und die Weltkräfte des Sozialismus zu gemeinsamer Arbeit durch gemeinsame Kämpfe zusammenfassen solle. Diese Vereinigung sei insbesondere in Deutschland, wo die Hauptkämpfer liegen, bereits soweit vorgeschritten, daß in der offiziellen Kundgebung der Prager Beratungen der Londoner Internationale ausdrücklich davon gesprochen werde, daß es in nächster Zeit in Deutschland zu einer Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien kommen werde. Es verstehe sich von selbst, daß die Moskauer Kommunisten aus der Vereinigungstraktion ausgeschlossen sind.

## Tagesgeschichte.

**Deutsches Reich.**  
In der Ausweisung deutscher Reichsangehöriger aus Elbaf-Lothringen wird der „B. B.“ aus Wuppertal gemeldet: Die Ausweisung war diesmal besonders hart. Am Freitag früh wurden die Opfer dieser unerhörten Repressalien aus den Wohnungen, sozusagen aus dem Bett herausgeholt und in das Volkshaus geführt. Als lästige Ausländer mußten Männer und Frauen bis zum 75. und 80. Lebensjahre, von denen ein Teil seit 40 Jahren in Elbaf-Lothringen eine Heimat gefunden haben, binnen 48 Stunden das Land verlassen. Es seien zumeist einfache Leute, Arbeiter, Angestellte, Kontoristen, Kellnerinnen, daneben Geschäftsleute, also Menschen, die sich um alles andere als die hohe Politik kümmern und unmöglich jene notorischen landwärtlichen deutschen Elemente sein können, deren Ausweisung nach der Auflage Poincarés allein in Betracht kommen sollte.

**Die Schiffsahrt des Reichspräsidenten.** Montag vormittag besuchte der Reichspräsident die Zalsperre und das Kraftwerk Mauer.

**Kommunistische Ausschreitungen in Birmansend.** Die „Post. Ztg.“ berichtet aus Birmansend über schwere Ausschreitungen der Kommunisten bei der von den sozialistischen Parteien veranstalteten Versammlung. Die Kommunisten versuchten die Redner zu töten, wobei es zu einem Handgemenge kam, sodas die Feier geschlossen werden mußte.

**7000 Zentner Steinkohlen in Berlin beschlagnahmt.** Das Kohlenamt der Stadt Berlin hat, wie die Morgenblätter melden, an drei verschiedenen Stellen Großberlins etwa 7000 Zentner Steinkohlen im Werte von mehr als einer Million Mark beschlagnahmt. Die beschlagnahmte Kohle wird unverzüglich den gemeinnützigen städtischen Anstalten angeführt werden.

**Die Großbank der Ehrhardt-Deute.** Die „Freiheit“ brachte in ihrer Sonntagsnummer einen Aufsatz unter der Ueberschrift „Die Großbank der Ehrhardt-Deute“. Am Schluß dieses Zeitungsaufsatzes werden „alle Finanz- und Justizminister und alle Polizeibehörden“ aufgefordert, sich die Ehrhardt-Großbank näher anzusehen. Hierzu wird vom Berliner Polizeipräsident mitgeteilt, daß der Berliner politische Polizei die Ehrhardt-Großbank bereits bekannt